

Ursula Lehr zu
Bevölkerungsentwicklung
und neuen Lebensformen
im Alter

Miteinander der Generationen

Die Fragen stellte Marliese Wirth-Grouven

Die Politische Meinung: *Frau Prof. Lehr, Sie waren die erste Professorin für Gerontologie in der Bundesrepublik. Obwohl inzwischen emeritiert, kann man weiter von Ihnen hören und auch lesen. Deshalb möchte ich Sie heute zu einem in der Gesellschaft oft als heikel empfundenen Thema im Zusammenhang mit den aktuell diskutierten demografischen Tatsachen und der Forschung über Alter befragen.*

Die überwiegende Mehrheit der Älteren und der Alten empfindet gegenwärtig große Unsicherheit hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen. Sie möchten sie besser kennen, um die abschließende Lebensplanung zu wägen und zu klären.

Dem stehen die mindestens ebenso großen Unsicherheiten der Jüngeren, vor allem der arbeitenden Generation gegenüber. Zu lange hinausgeschobene Reformen führen zu irritierenden Befürchtungen, daher auch häufig zur verkürzten Wahrnehmung. So hat sich die Gefahr eines Generationenkonfliktes ins Bild geschoben. Selbst Experten äußern sich darüber widersprüchlich.

Ursula Lehr: Wir müssen vorsichtig sein, dass es nicht wirklich zu einem Generationenkonflikt kommt. Zunächst möchte ich sagen, dass nach meiner Meinung im familiären Bereich eine große Solidarität zu finden ist. Ältere Menschen geben, wenn sie dazu in der Lage sind, weit mehr an Kinder und Kindeskinde heutzutage als es die erwachsenen Kinder für ihre Eltern tun. Was vor dreißig Jahren noch weitgehend anders gewesen ist. Andererseits wird in der Gesellschaft

sehr viel vom Generationenkonflikt gesprochen. Es scheint so, als ob sich die Jungen gegen die Alten wehren, als ob die Alten als die Melkkühe der Nation zu betrachten sind.

Wir Alten müssen versuchen, die Jungen in ihrer aktuellen Situation zu verstehen. Die Jungen müssten sich aber auch die Mühe machen, die Alten in ihrer Lebensbiografie zu verstehen. Sie müssen sich die Mühe machen, diese besser kennen zu lernen. Damit sie die Kompromisse akzeptieren können, die notwendig sind.

Als der Dreigenerationenvertrag geschaffen wurde, der jetzt aufgekündigt werden soll, war es so, dass die, die im Erwerbsleben standen, sowohl für die Kinder als auch für die Älteren aufkommen mussten. Erinnern wir uns: Als Bismarck den Dreigenerationenvertrag geschaffen hat, war das durchschnittliche Berufseintrittsalter fünfzehn bis sechzehn Jahre; die Altersgrenze lag bei siebzig Jahren. Und nur zwei Prozent der Bevölkerung waren älter als siebzig. Das heißt, die Fünfzehn- bis Siebzigjährigen konnten durch Abgaben die unter Sechzehnjährigen und die über Siebzigjährigen unterhalten.

Heute ist es so, dass das durchschnittliche Berufseintrittsalter bei fünfundzwanzig Jahren liegt und das Ende bei 59 Jahren. Heute müssen also die Fünfundzwanzig- bis Sechzigjährigen für die aufkommen, die noch nicht im Beruf sind, und für die sorgen, die aus dem Berufsleben draußen sind. Das sind keine zwei Prozent. Vater, Sohn und Mutter, alle

schon im Rentenalter oder eben Rentenbezieher, das ist heute keine Seltenheit. Mit anderen Worten, wir Alten müssen Verständnis für das Gefühl der Erwerbstätigen aufbringen, die sich überfordert sehen. Und die meisten Senioren haben dieses Verständnis.

Nur das Problem ist auch so zu sehen: Senioren sind bereit zu geben, Abstriche zu machen. Aber sie brauchen Planungssicherheit. Das Wort kann man nicht dick genug unterstreichen. Unkalkulierbarkeit der eigenen Gesundheit spielt bei ihnen eine entscheidende Rolle. Wenn man planen kann, dann ist man auch bereit, sich einzuschränken. Gerade unsere Generation bis zu den vor 1940 Geborenen, wir haben gelernt, mit sehr wenig auszukommen, zu improvisieren unter Einschränkungen. Wir können verzichten.

***Die Politische Meinung:** Nun die konkrete Frage Altenheim ja oder nein? Wie stehen Sie, Frau Lehr, dazu?*

Ursula Lehr: Man kann diese Frage nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. Sie hängt von sehr vielen Imponderabilien ab. Die muss man analysieren und abwägen. Solange man in der eigenen Wohnung lebt, ist man aktiver. Es besteht die Gefahr, dass, wenn man ins Heim einzieht, manche Aktivitäten, vor allem Kontakte nach draußen, aufgibt. Hier müsste sich ein Älterer, der sich entschlossen hat, in ein Heim zu gehen, von vorneherein vornehmen, gezielt zu planen, was man beibehält an eigenen Aktivitäten, sofern die Gesundheit es erlaubt. Kleine Pflichten sollten bleiben, eigene Einkäufe außer Haus, Verabredungen zu Konzerten und Vorträgen. Wenn es die Hausordnung ermöglicht, weil nicht alle Mahlzeiten obligatorisch im Vertrag des Hauses vorgesehen sind, kann man sich selbst auch etwas zubereiten. Was schon deshalb empfehlenswert ist, weil man dann einkaufen muss.

Je nach Trägerschaft und Bewohnerkreis wird heutzutage in fast allen Heimen und Stiften ein Programm angeboten. Wichtig ist es in jedem Fall, sich aktiv am Heimleben zu beteiligen. Gleichgültigkeit gegenüber dem, was „draußen“ geschieht, wäre schlecht.

Es gibt nicht *die* Alten, und es gibt auch nicht die optimale Wohnform für alle.

Es ist in jedem Fall ein ganz schwerer Entschluss für einen älteren Menschen, die Wohnung zu wechseln. Jeder Wohnungswechsel fällt im Alter schwer und ist mehr oder weniger abhängig davon, wie stark man in soziale oder gar verwandtschaftliche Umgebung eingebunden ist. Ob an der alten Wohnung und dem unmittelbaren Umfeld gute Erinnerungen hängen. Unsere Studien haben festgestellt, dass nicht die objektive Wohnsituation entscheidend ist, also ob Komfort wie Aufzug und moderner Stil vorhanden sind. Viel entscheidender ist die subjektive Wohnbefindlichkeit. Manch einer fühlt sich in einer alten, vielleicht sogar umständlichen Wohnung wohl, ist zufrieden. Ein anderer empfindet modernes und komfortables Ambiente unbehaglich.

So ist also ein Umzug gewiss nicht problemlos. Vor allem dann, wenn die Älteren aus einer eigenen Wohnung in ein Haus ziehen und dort zur Miete wohnen. Denn das Gefühl, im Eigentum zu leben, vermittelt Sicherheit. Und Mieten können und werden in Abständen erhöht, eine weitere Unsicherheit. Meines Wissens gibt es aber bereits in vielen Einrichtungen des betreuten Wohnens und in privaten Heimen die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben. Was natürlich in juristisch klaren Verträgen zu regeln ist.

***Die Politische Meinung:** Wie hat sich die Wohnsituation für Heiminteressenten entwickelt?*

Ursula Lehr: Auch das lässt sich nicht eindeutig beantworten, weil die Vorausset-

zungen unterschiedlich sind. Die heute im Arbeitsprozess stehende Generation gestaltet das Umfeld und die Chancen des Verbleibens im eigenen Alter. Deren Ansprüche werden höher sein als man heute annimmt. Ohne die modernen Kommunikationsmittel werden die heute Jungen sich im Alter bestimmt nicht zufriedengeben. Wir befinden uns jetzt schon in der vierten Generation von Altenheimen. Die ersten Altenheime nach dem Krieg waren im Westen und im Osten sogar bis in die neunziger Jahre mehr oder minder Bewahranstalten. Dann kam im Westen die zweite Generation der Altenheime am Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre. Das waren Häuser, die ganz nach der Funktion ausgerichtet waren. Mansprachja auch immer noch von Heiminsassen, einem schrecklichen Wort. Heute sind es Bewohner. Es gab schon Dreibett- und Zweibettzimmer, privat auch vereinzelt Einzelzimmer. Vor allem musste alles funktional sein, was jede Individualität unmöglich machte.

Die dritte Generation war dann schon Wohnen im Heim. Jetzt kamen individuelle Aspekte, zum Beispiel teilweise oder ganz eigenmöblierte Zimmer auf. Man bekam Namensschilder an die Türe, hinter der eine oder zwei Personen wohnten.

Und nun sind wir bei der vierten Generation angelangt. Es gibt große, mittlere und kleinere Einrichtungen. Sie befinden sich in öffentlicher Trägerschaft, bei Städten und Kommunen, bei den Wohlfahrtsverbänden (zum Beispiel Diakonie, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, Rotes Kreuz). Die Zahl privater Träger und Investoren nimmt zu. Es sind hervorragende Häuser in den letzten Jahren entstanden. Einige von ihnen klagen trotz des großen Nachfragebedarfs schon über Leerstände. Eine eindeutige Folge der im gegenwärtigen Reformzeifer verunsicherten und keine finanzielle Planungssicherheit sehenden Älteren, die durchaus erwägen, in ein Heim zu ziehen.

Nicht zuletzt aufgrund der Kostensituation hat man schon vor einigen Jahren begonnen, Hausgemeinschaften mit Senioren zu bilden. Entweder in eigenen Wohnblöcken oder einem eigenen Haus, in denen bis zu zehn Personen im noch gesunden Zustand nach eigener Auswahl oder aber mit maximal acht pflegebedürftigen Menschen unter ständiger Anwesenheit einer Betreuungskraft zusammenleben. Ambulante Pflegedienste, falls nötig, sind eingeplant. Diese Hausgemeinschaften werden von kundiger Seite gefördert. Sie gehen auf amerikanische Vorbilder zurück. Man machte die Erfahrung, dass Probleme entstehen, wenn einer aus dieser Gruppe stirbt. Nicht etwa das Sterben spielt hier eine Rolle – Senioren haben sich in den allermeisten Fällen mit dem Lebensende auseinander gesetzt –, sondern die Aufnahme eines neuen Bewohners. Er hat es schwer, sich in eine gewachsene Gemeinschaft einzugewöhnen, auch wenn die anderen ihre Akzeptanz schon bejaht haben. Oft hilft zunächst ein Gästezimmer. Manchmal klappt es, manchmal nicht.

***Die Politische Meinung:** Sind die Bedürfnisse der Älteren bei der Suche nach einem endgültigen Wohnplatz nicht auch abhängig von ihrem bisherigen Leben?*

***Ursula Lehr:** Wie ich schon vorher gesagt habe, brauchen wir unbedingt und in zunehmender Zahl die verschiedenen Einrichtungen, institutionelle und private Wohnformen. Es gibt nicht die optimale Lösung. Ältere und alte Menschen unterscheiden sich sehr nach ihrer Biografie, ihrem aktuellen Gesundheitszustand und selbstverständlich auch nach den zumutbaren Kosten.*

Eines möchte ich hier noch erwähnen: Die Zeit, da man es für eine ideale Lösung hielt, Heime weit hinaus ins Grüne zu setzen, ist längst vorbei. Heute wird, wo immer es die Erwerbskosten eines Gebäudes

oder die Grundstückskosten zulassen, das urbane Umfeld vorgezogen. Verkehrsverbindungen, Geschäfte, Restaurants oder Cafés sind wichtig, die Nähe zu kulturellen Zielen für viele geistig rege Menschen von Bedeutung.

Wobei zu sagen ist, dass heutzutage nahezu alle Heime hier Angebote im Haus oder durch Fahrgelegenheiten im Programm haben.

Mein Anliegen an die Seniorenpolitik, vor allem in den Kommunen, wo immer Grundstücke oder geeignete Immobilien im urbanen Bereich dem Zugriff offen stehen, sollte sie Seniorenheime auf die Prioritätenliste der Bewerber setzen. Es kommt hier auf die Initiative in den Gemeindevertretungen und in den Stadtverwaltungen an.

Die Politische Meinung: *Ist es nicht bedauerlich, dass in der öffentlichen Wahrnehmung von Altenheimen jeder Kategorie die Darstellung in den Medien ein schiefes Bild dieser Lebenswelt bietet?*

Ursula Lehr: Ich bedaure die „Schwarzweißmalerei“ in der Darstellung alter Menschen sehr. Sie kommen in den optischen Medien sowieso kaum vor. Mit der Optik, wie sie in Fernsehen und Filmen geboten wird, hat die Wirklichkeit nicht viel zu tun. Mit diesen Darstellungen (eingeschlossen die verheerenden Bilder vom Pflegepersonal) erfasst man höchstens einen fünfprozentigen Anteil der über Neunzigjährigen. Man geht in die Psychiatrie, wo alte Menschen wegen Unruhe und Selbstgefährdung ans Bett gefesselt sind. Das ist sehr traurig, dass es das gibt. Aber man sollte auch wissen, dass das heute extrem selten der Fall ist. Als Gegenbild, dann nicht in Magazinsendungen, sondern in Fernsehfilmen, werden einem dann aufgeputzte alte Damen und schrullige alte Herren vorgesetzt. Möglichst in einem schlossähnlichen Ambiente, das schon teuer sein muss. Ich würde sagen,

auf mehr als achtzig Prozent aller Heimbewohner passen diese Klischees nicht. Aber – man weiß ja: Die gute Nachricht ist für die Medien keine Nachricht. Und es sind nicht zuletzt solche Bilder und Schlagzeilen, mit denen Menschen Angst davor gemacht wird, in ein Heim zu gehen.

Mir fallen zu diesen Negativbildern immer meine Besuche in der ehemaligen DDR unmittelbar vor 1990 ein. 37 Heime habe ich besucht, und ich fand die Zustände dort furchtbar – bei gleichzeitig hervorragenden und aufopfernden Pflegekräften. Es gab noch Zimmer mit zwanzig Betten, Rollstühle gab es kaum. Es sei denn, man schraubte unter normale Stühle vier Rollen, damit die Leute wenigstens ein wenig geschoben werden konnten. Heute ist es allerdings so, dass die in den neuen Ländern neu gebauten Heime oft besser sind als die älteren Häuser im Westen.

Die Politische Meinung: *Ein Kernproblem von heute und ganz gewiss von morgen und übermorgen ist der Mangel an Betreuern und Pflegekräften. Was ist zu tun, was ist möglich?*

Ursula Lehr: Die Zahl der Helfenden, von einfachen bis qualifizierten Altenpflegekräften, ist das Hauptproblem in der Bewältigung der Anforderungen, die auf uns zukommen. Ich erinnere nochmals daran, dass vor hundert Jahren auf einen 75-Jährigen 79 Jüngere kamen. Heute stehen einem über 75-Jährigen schon nur zwölf Jüngere gegenüber. Und wenn unsere heute Dreißigjährigen mal 75 sind, dann stehen einem 75-Jährigen (also 2040) nur 6,2 Personen gegenüber, einem über 75-Jährigen also nur 1,6 Zwanzig- bis Vierzigjährige.

Dann fragt man nicht mehr primär nach der Pflege, sondern: Wer macht den Alltag?

Hier muss wahnsinnig umgedacht werden. Wir müssen nüchtern und realistisch vorausdenken, denn ohne gezielte

Einwanderung wird es nicht weitergehen. In diesem Zusammenhang fällt mir das Beispiel der Diakonie ein. Sie bildet bereits heute in Polen Polinnen für die Pflege aus. Sie werden später einmal zu uns herüberkommen. Dass quasi halblegal über private Agenturen schon heute im Monats- oder Dreimonatszyklus aus Osteuropa Pflegekräfte nach Deutschland vermittelt werden, ist bekannt. Trotz gebotener Unterkunft und Verpflegung im betroffenen Haushalt stehen sich die Suchenden bei uns kostengünstiger als bei der rein deutschen Organisation der Pflege.

Wir müssen überlegen, etwas Neues einzurichten. Ich denke an die vielen älteren Menschen, die nicht wirklich pflegebedürftig sind, aber doch schlecht allein im Haus, in der Wohnung zurechtkommen.

Das System mit den Au-pair-Mädchen hat sich bei jungen Familien bewährt. Diese Mädchen kommen aus den verschiedensten Ländern und sozialen Schichten. Sie sind Lernende in doppelter Hinsicht. Sie suchen Unterrichtsangebote für Deutsch und werden mit dem deutschen Haushaltsalltag vertraut. Sie bekommen ein Taschengeld, freie Wohnung und freie Verpflegung. Und müssen auch nicht immer da sein, sondern haben geregelte Freistunden. Wenn ich mir vorstelle, dass ein 80-, 86- oder 90-Jähriger noch hinreichend mit sich selbst zurechtkommt, wäre das für beide Seiten eine gute Lösung. Es müsste auch nicht immer eine weibliche Person sein, warum nicht auch ein junger Mann? Wir wissen aus der Statistik, dass Pflegebedürftigkeit nur bei dreißig Prozent der über Neunzigjährigen eintritt.

Bei den Cadenabbia-Gesprächen der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 30. September bis zum 3. Oktober äußerte sich Ursula Lehr ebenfalls zum demografischen Wandel (Auszüge):

Die Sprache der Wissenschaftler scheint zu nüchtern, um gehört zu werden. Da muss erst der eloquente Frank Schirrmacher kommen und mit seinem „Methusalem-Komplott“ – ein Buch, das im Grunde nur das ausführt, was viele andere schon vor Jahren geschrieben haben – die Politiker aufrütteln. Er hat Recht, wenn er sagt: „Wir müssen unsere Lebensläufe anders konzipieren, sie an die viel längere Lebenserwartung anpassen – und nicht, wie bisher, gleichsam mit der Pferdekutsche des neunzehnten Jahrhunderts im einundzwanzigsten Jahrhundert herumfahren. [...] Wir brauchen eine Kalenderreform unseres Lebens!“ Und an anderer Stelle heißt es: „Indem wir das Altern umdefinieren, helfen wir unseren Kindern mehr als dadurch, dass wir ständig um die verpassten Geburten

von 1984 weinen. Die hat es nicht gegeben. Und die damals nicht geboren worden sind, [...] werden auch niemals Kinder auf die Welt bringen.“

Es gilt also, das Erwachsenenalter früher und das Seniorenalter später beginnen zu lassen.

Die zunehmende Lebenserwartung

Um 1900 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung etwa 45 Jahre, heute hat ein neugeborener Junge eine Lebenserwartung von 75 Jahren, ein neugeborenes Mädchen von knapp 82 Jahren. Der Sechzigjährige hat schon heute eine durchschnittliche weitere Lebenserwartung von etwa fünfundzwanzig Jahren. Das heißt: Wenn man heute in Rente geht, hat man noch mehr als ein Viertel seines Lebens vor sich – bei besserer Gesundheit und höherer Kompetenz, als dies vor Jahrzehnten der Fall war.

Warum sollen wir nicht länger arbeiten? Schon 1968 hatte der damalige Sozial- und Arbeitsminister Hans Katzer zu einem Hearing zur „Flexibilität der Al-

tersgrenze“ eingeladen: Wissenschaftler aller Fachrichtungen waren sich einig über eine mögliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit, und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete: „Eine Flexibilität kann ausnahmsweise auch bedeuten eine Flexibilität nach unten.“ Was wurde daraus? Aufgrund der wirtschaftlichen Situation wurde Flexibilität plötzlich zwischen 65 und 63 Jahren gesehen.

Auffällig ist nicht nur die zunehmende Langlebigkeit, sondern auch eine verlängerte Jugendzeit. Man beginnt später mit der Berufstätigkeit, man heiratet später (wenn überhaupt, denn von den Vierzigjährigen sind heute nur 37 Prozent verheiratet), man zählt in allen politischen Parteien bis 35 Jahre zu den Jugendorganisationen. Also: Bis 35 ist man „Jugend“, ab 45 bereits „älterer Arbeitnehmer“, und ab fünfzig wird man als „zu alt“ betrachtet für einen neuen Job, und ab 55 spricht einen die „Seniorenwirtschaft“ an, zählt man zu den Senioren. „Vom Bafög in die Rente“ – kann das ein Lebensziel sein?

Diese „Gesellschaft ohne Lebensmittel!“ braucht eine Kalenderreform! Lebensläufe müssen anders konzipiert werden: früherer Berufsbeginn (setzt entsprechende schulische Bildung voraus – und günstigere wirtschaftliche Situation) und späteres Berufsende (setzt berufsbegleitende Weiterbildung und eine gesundheitsfördernde Arbeitswelt voraus).

Eine alternde Welt

Der Anteil der über Sechzigjährigen liegt heute in Deutschland über fünfundzwanzig Prozent, wird 2050 über 38 Prozent liegen, in Spanien über 44 Prozent, in Italien über 42 Prozent und in Österreich bei 41 Prozent, in der Schweiz bei etwa 39 Prozent. Fast jeder zweite Bürger im Seniorenalter?

Der Anteil der über Achtzigjährigen wird sich in allen genannten Ländern verdrei-bisvervierfachen, jener der über Hundertjährigen steigt von heute in Deutsch-

land etwa 10 000 auf über 44 000 im Jahr 2025 und über 117 000 im Jahr 2050 – bei dann reduzierter Gesamtbevölkerung. Dass Altern nicht zwangsläufig Abbau und Verlust von Fähigkeiten bedeuten muss, ist eine Selbstverständlichkeit; dass bei vielen Menschen gewisse Einschränkungen im körperlichen Bereich mit zunehmendem Alter gegeben sind, ist nun einmal ebenso ein Faktum.

Es gilt also, die Gesundheitsvorsorge zu optimieren. Prävention muss schon von Jugend an (Schulsport, Interessenentwicklung, Ausbildung *et cetera*) weit mehr beachtet werden! Die Zunahme der Hochaltrigen verlangt zudem den Ausbau verschiedener Hilfsdienste, die Qualität der Pflege muss gesichert werden.

Gründe des Geburtenrückganges

Doch das Altern dieses Volkes ist auch durch den Geburtenrückgang bedingt. Die geringste Fertilität hat zwar zurzeit Spanien (1,22), gefolgt von dem so kinderfreundlichen Italien (1,25), von Griechenland mit 1,30 und Österreich 1,32 Kindern. Deutschland hat einen Durchschnitt von 1,34 Kindern je Frau im gebärfähigen Alter. Vom Geburtsjahrgang 1950 blieben nur elf Prozent der Frauen kinderlos, 1960 einundzwanzig Prozent, 1965 rechnet man mit 33 Prozent – doch von den vierzigjährigen Akademikerinnen sind es heute bereits 44 Prozent! Demnächst wird Deutschland bei PISA-Studien noch mehr Schlusslicht sein, denn die Intelligenz der Kinder korreliert nicht mit der Schulbildung der Väter, sondern mit der der Mütter!

Die höchste Kinderzahl (1,89) haben Irland und Frankreich, wobei in Irland religiöse Gründe eine Rolle spielen dürften, in Frankreich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dass sich Kinder und Karriere beziehungsweise Berufstätigkeit durchaus verbinden lassen, zeigen andere europäische Länder (Island mit einer Frauenerwerbsquote von 82,3 Prozent,

Norwegen, Dänemark und Schweden mit je 76 Prozent und höheren Geburtenraten als bei uns). Vergleicht man unter Dreijährige in Fremd-Betreuung (Day-care-Center, Tagesmütter), so sind es in Dänemark 64 Prozent, in den USA 54 Prozent und in Deutschland lediglich zehn Prozent.

Die Gründe des Geburtenrückganges sind vielseitig und liegen

- in den seit den sechziger Jahren gegebenen besseren Möglichkeiten der Familienplanung („Pille“),
- in dem Verlust des „instrumentellen“ Faktors (Kind als Arbeitskraft, als persönliche Alterssicherung, als „Stammhalter“ beziehungsweise Namensträger),
- in der einseitigen öffentlichen Diskussion „Kind als Kostenfaktor“, bei der verschwiegen wird, dass Kinder auch Freude machen und eine enorme Bereicherung des Lebens sind; dass im Grunde genommen diejenigen „arm“ sind, die keine Kinder haben – auch wenn sie sich jetzt vielleicht mehr leisten können,
- in der verlängerten Jugendzeit, in der sich manchmal bis in das vierte Lebensjahrzehnt hineinziehenden Berufsausbildung; in der in ein immer höheres Lebensalter hinausgeschobenen Heirat (auch mitbedingt durch die gesellschaftliche Akzeptanz enger Partnerschaftlicher Beziehungen ohne Trauschein).
- Während in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts die Frau so lange im Elternhaus lebte, bis geheiratet wurde, geht sie heute mit achtzehn, zwanzig Jahren aus dem Haus und lebt selbstständig. Ein solches mehrjähriges Alleinwohnen führt zu einer verstärkten Ausbildung der Individualität; es bilden sich Eigenheiten und Gewohnheiten, eine Zeit, in der oft ein ganz individueller eigener Lebensstil kreierte wird, der dann schon eine Anpassung an einen Partner, erst recht aber an Kinder, sehr erschwert.

Wenngleich dies nur sehr begrenzt dazu beitragen kann, die Alterung der Gesellschaft zu verhindern, jedoch Einfluss nehmen kann, sie nicht noch stärker altern zu lassen, stellt sich die gesellschaftliche Herausforderung, das Ja zum Kind, stärker heraus: die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; den Wandel des Images von der berufstätigen Mutter als einer Rabenmutter; verbesserte Betreuungsmöglichkeiten, Tagesmütter; garantierte Halbtagschulen und qualifizierte Ganztagschulen.

Bei allem ist zu bedenken, dass viele der heutigen Rentner ein 45-jähriges Berufsleben hinter sich haben – was die jungen Aufbegehrer nie erreichen werden. Viele der heutigen Rentner kannten noch die Sechzig-Stunden-Woche, bestimmt aber die 48- und 45-Stunden-Woche. Der Samstag war für sie ein voller Arbeitstag – und der Urlaub betrug zwölf Tage im Jahr, Samstage mit eingerechnet (ab 1957 dann vierzehn Tage im Jahr). Außerdem sollte man bedenken, dass die heutigen Rentner für ihre Berufsausbildung – und zwar auch für die Lehre – noch selbst zahlen mussten; an ein Azubi-Gehalt oder Bafög war nicht zu denken. Vielfach mussten sie auch noch ganz für die Berufsausbildung ihrer Kinder zahlen. Sie haben mehr Kinder großgezogen als die heutige jüngere Generation – und das in Kriegs- und Nachkriegszeiten, in denen es weder Erziehungsgeld beziehungsweise Kindergeld noch Erziehungsurlaub gab. – Weiterhin sollte wenigstens erwähnt werden, dass die Staatsausgaben im Bereich der Bildung, von denen ja hauptsächlich jüngere Generationen profitieren, enorm gestiegen sind. Das ist notwendig und unbedingt zu begrüßen, sollte aber bei einer Analyse der Chancen und Herausforderungen der Generationen nicht vergessen werden.

Die meisten der heute Sechzig- bis Fünf- undsechzigjährigen (und auch viele noch Ältere) sind durchaus arbeitsfähig, viele

auch arbeitswillig – aber sie werden frühzeitig aus dem Arbeitsleben verabschiedet. In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen sind in Deutschland nur 43 Prozent der Männer und fünfzehn Prozent der Frauen noch im Erwerbsleben; in der Schweiz hingegen 77 Prozent der Männer und 50 Prozent der Frauen, in Norwegen 72 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen. Sicher sind unsere „älteren Arbeitnehmer“ nicht unfähiger als die in anderen Ländern, aber dank gut gemeinter Schutz-Gesetze, die jedoch Bumerang-Charakter haben, kommen Ältere den Arbeitgeber, der sie dann nicht mehr kündigen kann, viel teurer. Also bemüht man sich, mittels Sozialplänen zuerst die „Älteren“ sozialverträglich abzubauen, begründet das dann aber mit der angeblich nachlassenden Leistungsfähigkeit und der mangelnden Innovationsfähigkeit. Es gibt keine einzige Studie, welche eine nachlassende Innovationsfähigkeit mit zunehmendem Alter aufgezeigt hat. Im Gegenteil, es liegen viele Studien vor, welche die Kompetenzen gerade der Älteren herausstellen: Ältere haben häufig ein größeres berufliches Engagement als Jüngere, wissen über soziale Verknüpfungen besser Bescheid, haben einen größeren Überblick über die Gesamtsituation, sehen gleichzeitig Möglichkeiten und Grenzen und haben in bestimmten Bereichen „Expertenwissen“ erworben, das man bei Jüngeren gar nicht erwarten kann. Freilich, wir brauchen die Dynamik und auch die Risikofreude der Jüngeren, wir brauchen aber auch die Übersicht, die Erfahrung und die Fähigkeit des Abwägens der Älteren. Es bedarf eines Miteinanders der Generationen und nicht eines Schürens des Generationenkonfliktes!

Zukunftspolitik

Eine zukunftsorientierte Politik muss eine Politik nicht nur für, sondern mit

und zum Teil auch von alten Menschen sein. Sie muss einmal ältere Menschen als eine bedeutsame Zielgruppe politischen Handelns begreifen. Unsere Gesellschaft ist alles andere als altengeneigt. Weit stärker als bisher hat die Politik in einer „Gesellschaft des langen Lebens“ eine umweltgestaltende Aufgabe, um eine selbstständige Lebensführung möglichst lange zu gewährleisten.

Eine zukunftsorientierte Politik muss zum anderen den Beitrag älterer Menschen für unsere Gesellschaft erkennen, würdigen und fördern. Sie muss vor allem Rahmenbedingungen schaffen, die es älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erlauben, ihre Fähigkeiten einzusetzen – in Bezug auf die Arbeitswelt, auf die Weiterbildung und auch in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement (Ansätze sind hier mit der Schaffung von Seniorenbüros gegeben). Die Verantwortung älterer Menschen für sich selbst und die Mitverantwortung Älterer für die Gesellschaft müssen deutlicher aufgezeigt und gefördert werden.

Eine zukunftsorientierte Politik muss zu einem veränderten, positiveren Altersbild beitragen, „muss die Kräfte und Stärken des Alters in der Öffentlichkeit viel stärker thematisieren“, muss erkennen, welche bedeutende Rolle gerade ältere, erfahrene Menschen in der Gesellschaft (in Wirtschaft und Politik – und da nicht nur als Wähler!) spielen können, sofern man ihre Kompetenzen erkennt. Auch die Politik muss sich bemühen, das immer noch negativ verzerrte Altersbild zurückzurufen (was damit beginnt, dass man nicht jede „Verjüngung“ lauthals anpreist und mit jedem „Generationenwechsel“ glaubt, Pluspunkte zu sammeln). Nicht nur der Wirtschaft, auch der Politik würde manchmal der „alte Bellheim“ ganz gut tun!